

2. Das deutsche Kaiserreich

2.1 Eisen und Blut –

die deutsche Einigung durch Preußen



Die deutschen Staaten und der Deutsche Bund 1865.

Der Norddeutsche Bund 1867.

Nachdem die Annahme der Verfassung in der Deutschen Nationalversammlung 1849 gescheitert war, wurde 1850 der alte Bundestag wieder einberufen. Am 23. August 1851 fällt er auf einen gemeinsamen Antrag Österreichs und Preußens hin eine symbolträchtige Entscheidung „in Betreff der so genannten Grundrechte des deutschen Volks“: Sie wurden nahezu einstimmig für aufgehoben erklärt. Die wichtigste Leistung der Deutschen Nationalversammlung war damit offiziell zur Makulatur erklärt worden. Die konservative Reaktion brachte damit für fast ein Jahrzehnt das politische Leben zum Stillstand. Mit der liberalen Idee war die nationale verknüpft gewesen. Drei Hindernisse jedoch standen der deutschen Einigung entgegen:

- Der preußische Militärstaat machte einen demokratischen Weg zum Nationalstaat unmöglich.
- Der österreichische Vielvölkerstaat hielt seinen übernationalen Herrschaftsanspruch aufrecht.
- Das europäische Gleichgewichtssystem reagierte auf jede Veränderung seines Machtgefüges mit Krisen.

Ein erneuter Anlauf zur deutschen Einigung war also erst möglich, nachdem sich die außenpolitischen Gewichte verschoben hatten und in Preußen der innenpolitische Stillstand der nachrevolutionären Zeit überwunden war.

**Schwächung
Russlands und
Österreichs**

Das Verhältnis der Großmächte veränderte sich durch die russische Niederlage im Krimkrieg (1854–56). Russland brach mit den Westmächten, die durch ihr Eingreifen den Krieg entschieden hatten, und mit Österreich, das ihm jede Unterstützung verweigert hatte. Für lange Zeit war es nun geschwächt und mit inneren Reformen beschäftigt; sein Gewicht in den europäischen Angelegenheiten verminderte sich. Frankreich wurde dagegen durch einen Staatsstreich Louis Napoleons und seine plebiszitäre Erhebung zum Kaiser erneut zu einem Unruhefaktor. Im Bestreben, die innere Instabilität seiner Herrschaft durch außenpolitische Erfolge zu überdecken, warf Napoleon III. sich zum Schutzherrn europäischer Nationalbewegungen gegen die Ordnung des Wiener Kongresses auf. Sein größter Erfolg war die Einigung Italiens. Im Zusammenspiel mit dem Ministerpräsidenten des Königreichs Piemont-Sardinien, Graf Camillo Cavour, gelang es 1859, Österreich militärisch aus der Lombardei zu verdrängen (→ S. 101–104). Viele deutsche Liberale sahen in dieser Politik ein Modell zur Lösung der deutschen Frage, andere wiederum betrachteten es als nationale Pflicht, Österreich beizustehen. Preußen verweigerte aber jedes Eingreifen in den italienischen Krieg, aus dem Österreich deutlich geschwächt hervorging.

„Neue Ära“

In Preußen schien sich ein innenpolitischer Kurswechsel anzubahnen. Für den kranken Friedrich Wilhelm IV. hatte sein Bruder, der spätere Wilhelm I., die Regentschaft übernommen und ein liberales Kabinett eingesetzt. Man sprach von einer „Neuen Ära“. Durch seine stürmische Industrialisierung begann Preußen, Österreich wirtschaftlich zu überflügeln. Mit diesem Aufschwung verstärkte sich der Einfluss der großbürgerlichen Führungsschicht, die die deutsche Einigung aus wirtschaftlichen Motiven erstrebte. Die alten Träger der Nationalidee, Turner und Sänger, feierten wieder ihre Massenfeste. Die nationale Publizistik führte leidenschaftliche Diskussionen über das Für und Wider einer preußischen Einigungspolitik. Im September 1859 wurde der Deutsche Nationalverein gegründet, der an die kleindeutsche Tradition von 1849 anknüpfte und in kurzer Zeit 25 000 Mitglieder zählte. Einem Bündnis zwischen der deutschen Nationalbewegung und der preußischen Führung schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Heeresreform

Aber statt zu einer Annäherung kam es zu einem Grundsatzkonflikt, dessen Ausgang ähnlich folgenreich werden sollte wie das Scheitern der Revolution von 1848/49. Seit 1859 plante Wilhelm und seine Regierung eine Heeresreform. Neben einer allgemeinen Erhöhung der Truppenstärke und einer Verbesserung der Wehrgerechtigkeit war auch die Verlängerung der Wehrdienstzeit auf drei Jahre und eine engere Einbindung der Landwehr, einer Art Bürgermiliz, in die militärische Organisation vorgesehen. Damit sollte ein wesentliches Element der preußischen Reformen aufgegeben werden. Außerdem erforderte das Programm eine Erhöhung des Militäretats um 25%. Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses, aus der 1861 die Deutsche Fortschrittspartei hervorging, lehnte die Haushaltsvorlage ab. Der Streit wurde zum Verfassungskonflikt über das Verhältnis von Volksvertretung und Monarchie. Auf dem Höhepunkt des Konflikts berief der König Otto von Bismarck zum neuen Ministerpräsidenten (22. 9. 1862).

Bismarck

Bismarck (1815–1898) stammte aus einer märkischen Adelsfamilie und war während der Revolution als konservativer Monarchist und Revolutionsgegner bekannt geworden. Ohne ideologische Bindungen betrieb er „Realpolitik“, d. h. rational kalkulierte Macht- und Interessenpolitik. Als Ministerpräsident schlug Bismarck zunächst einen

scharf antiparlamentarischen Kurs ein. Das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst; in den folgenden Jahren regierte er ohne gesetzlich genehmigtes Budget. Er behauptete, dies sei durchaus legal: Die Verfassung habe eine Lücke; da sie keine Regelung für diesen Fall vorsehe, sei eine Weiterführung der Regierungsgeschäfte kein Verfassungsbruch. Die Verfolgung und Einschüchterungen von Oppositionellen trugen ihm den Hass der Liberalen ein.

Lückentheorie

In der Außenpolitik dagegen führte Bismarck das deutschlandpolitische Programm der Liberalen durch. Nach diplomatischer Vorbereitung – so unterstützte er Russland bei der Niederschlagung des polnischen Aufstands von 1863 – führte Preußen unter seiner Regierung drei Kriege, die die außenpolitischen Hindernisse der deutschen Einigung beiseite räumten:

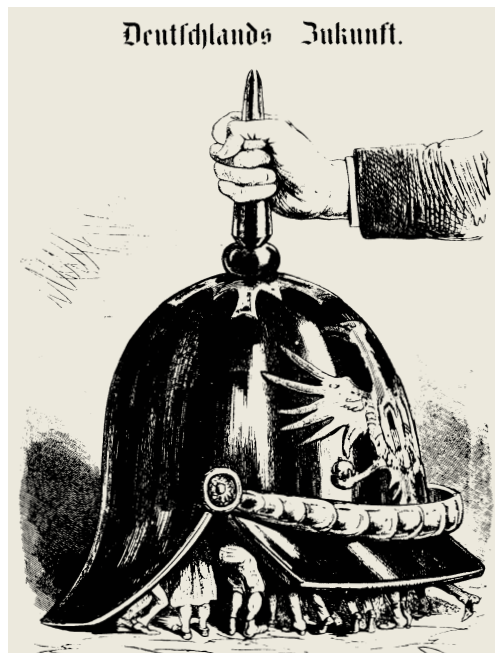
Deutschlandpolitik

- 1864 versuchte die dänische Regierung wieder, Schleswig-Holstein in den dänischen Staat einzugliedern. Bismarck gelang es, Österreich zu gemeinsamer militärischer Abwehr zu bewegen. Nach der dänischen Niederlage wurde dieses alte Problem durch die endgültige Trennung der beiden Herzogtümer von der dänischen Krone gelöst.
- Durch die gemeinsame Verwaltung der beiden Länder verschärfte sich der schwelende Konflikt zwischen Preußen und Österreich. Nachdem preußische Truppen vertragswidrig Holstein besetzt hatten, erwirkte Österreich die Mobilmachung eines Teils der Bundesarmee gegen Preußen. Der Krieg wurde durch den preußischen Sieg bei Königgrätz am 3. Juli 1866 entschieden. Österreich musste die Auflösung des Deutschen Bundes und die Annexion seiner Verbündeten Hannover, Nassau, Kurhessen und Frankfurt hinnehmen. Diese Auflösung des Deutschen Bundes bedeutete das Ende der fast tausendjährigen Zugehörigkeit Österreichs zum Bund der deutschen Länder, ein Ereignis das vor allem in Süddeutschland einen tiefen Einschnitt bedeutete. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, einer Föderation aller nördlich des Mains gelegenen deutschen Staaten, unter preußischem Präsidium zeichnete sich die künftige Reichseinigung bereits ab.

Auflösung des Deutschen Bundes

- Dieser stand aber noch der entschiedene Widerstand Frankreichs entgegen. Ein Konflikt um die Kandidatur eines Hohenzollern für den spanischen Königsthron gab den Anlass zum Krieg. Die Ablehnung dieses Plans durch die französische Regierung nutzte Bismarck zu einem diplomatischen Schachzug: Er verkürzte die Wiedergabe eines kaiserlichen Telegramms, die „Emser Depesche“ und provozierte es damit zur Kriegserklärung. An diesem Krieg, der als deutscher Nationalkrieg angesehen wurde, nahmen auch die süddeutschen Staaten teil. Die Gefangennahme Napoleons III. beim Fall der Festung Sedan (2. 9. 1870) führte zum Sturz des französischen Kaisertums und zur Ausrufung der 3. französischen Republik. Anfang 1871 musste Frankreich Frieden schließen.

„Kommt es unter einen Hut? Ich glaube, es kommt eher unter eine Pickelhaube!“ Österreichische Karikatur, 1870.



Das Entstehen eines Geschichtsbildes: Huldigung an Kaiser Wilhelm I., Gemälde von Paul Bürde, 1871. Die zwei Jungen im Vordergrund rollen eine Zeichnung Napoleons III. zusammen, ein anderer Junge schlägt einen Nagel neben den Bildern von Luther, Friedrich II. und Feldmarschall von Blücher ein.



Deutsch-französischer Krieg

Noch während des Feldzugs in Frankreich begann Preußen mit den süddeutschen Fürsten über die künftige Verfassung des Deutschen Reiches zu verhandeln. Bayern und Württemberg sicherten sich „Reservatrechte“, u. a. eigene Armee, Post und Eisenbahn. Gegen eine Summe von 5 Millionen Goldmark bot König Ludwig II. von Bayern dem preußischen König offiziell die Krone an. Als Staatsoberhaupt führte dieser künftig den Titel „Deutscher Kaiser“. Im Spiegelsaal des Versailler Schlosses erfolgte am 18.1. 1871 die Kaiserproklamation vor den deutschen Fürsten. Drei Monate später wurde die Reichsverfassung verkündet.

Kaiserproklamation

MATERIAL

1 Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft?

Bismarck über seine Unterredung mit König Wilhelm I., 22. 9. 1862

In der Tat war mir jeder Gedanke an Abdikation (Abdankung) des Königs fremd, als ich am 22. September in Babelsberg empfangen wurde, und die Situation wurde mir erst klar, als Seine Majestät sie ungefähr mit den Worten präzisierte: „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit sind, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen.“ [...].

Der König stellt nach einigem Erwägen und Hin- und Herreden die Frage, ob ich bereit sei, als Minister für die Militärorganisation einzutreten, und nach meiner Bejahung die weitere Frage, ob auch gegen die Majorität des Landtags und deren Beschlüsse. Auf meine Zusage erklärte er schließlich: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiere nicht.“ [...].

Es gelang mir, ihn zu überzeugen, dass es sich für ihn nicht um konservativ oder liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle und

dass die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei. Ich sagte: „In dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte, Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der

Ihrigen schließlich beharren, lieber mit dem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampf mit der Parlements herrschaft im Stiche lassen.“ 35

Aus: Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck, Stuttgart und Berlin 1915, Bd. 1, S. 294–296.

MATERIAL

Bismarcks Äußerungen vor dem preußischen Abgeordnetenhaus, 30. 9. 1862 2

Der Konflikt drehe sich bei uns um die Grenze zwischen Krongewalt und Parlements herrschaft. Die Krone habe noch andere Rechte, als die, die in der Verfassung ständen. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Krisis, wie sie auch enden möge, zum Wohle des Landes ausschlagen werde. Der Konflikt werde sich wohl noch auf verfassungsmäßigem Wege erledigen. [...]

Wir haben zu heißes Blut, wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollen wir sie auch utilisieren (gebrauchen). Nicht auf Preußens Liberalismus sieht

Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgieren (nachgeben), darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut [...]

Aus: O. v. Bismarck, Gesammelte Werke, Berlin 1928, Bd. 10, S. 138f.

MATERIAL

Bismarck über die Rolle der deutschen Nationalbewegung 3

Ich habe nie in der Überzeugung geschwankt, daß Preußen, gestützt nur auf die Waffen und Genossen von 1848, öffentliche Meinung, Landtage, Vereine, Freischaren und die kleinen Kontingente in ihrer damaligen Verfassung, sich auf ein hoffnungsloses Beginnen eingelassen und unter den großen Mächten nur Feinde gefunden hätte, auch in England.

Ich hätte den Minister als Schwindler und Landesverräter betrachtet, der in die falsche Politik

von 1848, 49, 50 zurückgefallen wäre [...] Sobald aber Österreich mit uns war, schwand die Wahrscheinlichkeit einer Koalition der andern Mächte gegen uns.

Wenn auch durch Landtagsbeschlüsse, Zeitungen und Schützenfeste die deutsche Einheit nicht hergestellt werden konnte, so übte doch der Liberalismus einen Druck auf die Fürsten, der sie zu Koncessionen für das Reich geneigter machte. [...]

Aus: Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck, Stuttgart und Berlin 1915, Bd. 2, S. 26.

1. Erläutern und beurteilen Sie anhand von Bismarcks Äußerungen die Grundsätze, Wertvorstellungen und Mittel seiner Politik.
2. Welche Rolle schreibt er dem Liberalismus zu? Erläutern Sie die Konsequenzen von Bismarcks Politik für den deutschen Liberalismus.

Denkmäler als Geschichtsquellen

Unter Denkmälern verstehen wir im engeren Sinne solche Kunstwerke, die bewusst der Erinnerung an geschichtliche Vorgänge dienen sollten. Erinnerung soll wachgehalten, aber auch gelenkt werden. Das 19. Jahrhundert und besonders das Deutsche Reich von 1871 war in Deutschland die große Zeit der Nationaldenkmäler, von denen viele das 20. Jahrhundert überdauert haben. Wie können wir sie als Geschichtsquelle deuten?

In jüngster Zeit wurde das Wort Denkmal in einem Wortspiel „Denk mal“ geschrieben, um die Betrachter davor zu warnen, den Denkmalstiftern eventuell allzu naiv auf den Leim zu gehen. Wir müssen bei der Untersuchung eines Denkmals also fragen, wer wen an was erinnern will und was er damit bezweckt.

Die historische Forschung unterscheidet mehrere Typen von National-Denkmalern:

- Das Denkmal der „großen Männer“, in denen die geeinte Nation symbolisiert ist. Die zahlreichen Denkmäler der Hohenzollern, vor allem aber die Bismarck-Denkmäler sind diesem Typ zuzurechnen.
- Das „Denkmal der Bildungs- und Kulturnation“, das sich vor allem an die Gebildeten richtet und die geistigen Grundlagen der Nation darstellt. Hierzu gehören die zahlreichen Denkmäler von Dichtern und Denkern wie Goethe, Schiller, Luther und anderen. Die bayerische Walhalla an der Donau sollte nach dem Willen ihres Stifters, des Königs Ludwig I. von Bayern, bewirken, „daß teutscher der Teutsche aus ihr trete, besser als er gekommen“.
- Das demokratische Nationaldenkmal. Ein solches Denkmal war in Deutschland nicht möglich, solange die demokratische Nationalbewegung eine verfolgte Opposition war. Der Revolution von 1848/49 wurden erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts Denkmäler gesetzt. Ein Freiburger Denkmal des großen badischen Liberalen Karl von Rotteck verschwand 1850 für lange Zeit auf einem Hinterhof. Die Beteiligung des Volkes an der nationalen Einigung war nur in Verbindung mit der monarchischen Nationalidee darstellbar.
- Das „Denkmal der nationalen Sammlung“, ein Typ, dem zwar das nationale, nicht aber das demokratische Element eigen ist. Hierzu gehört vor allem das 1913 vollendete Völkerschlachtdenkmal in Leipzig.
- Das 20. Jahrhundert hat wiederum eigene Denkmaltypen hervorgebracht, vor allem Kriegerdenkmäler für die Gefallenen der beiden Weltkriege und erst für die Führer, später dann für die Opfer totalitärer Systeme.

Wir müssen bei der Interpretation folgende Fragen stellen:

- Ist ein Zweck des Denkmals (Legitimation von Herrschaft, Repräsentation, Totenklage) erkennbar?
- Wo steht das Denkmal? Am Ort des Geschehens (Schlachtfeld) oder an einem mythisch befrachteten Ort (Kyffhäuser), auf einem belebten Platz oder am Stadtrand, auf einem Friedhof oder auf einer einsamen Bergeshöhe? Was wollten die Erbauer mit der Wahl des Platzes ausdrücken?
- Sind auf dem Denkmal Menschen dargestellt oder symbolische/allegorische Gestalten? In welcher Haltung sind sie dargestellt, wohin geht ihr Blick? In welcher Kleidung sind diese Menschen dargestellt, in der ihrer eigenen Epoche oder einer anderen (Ludwig XIV. in antiker Kleidung, Bismarck in Ritterrüstung). Ist der Dargestellte zu Pferde? Dies ist in der Regel dem Fürsten vorbehalten.
- Finden wir Schrifttexte auf dem Denkmal? Welchen Informationsgehalt haben diese? In welcher Sprache sind sie geschrieben?
- Drückt das Denkmal ein Feindbild aus? Gegen wen richtet es sich? Die Himmelsrichtung (nach Westen!) von kämpferischen Denkmälern ist meistens gewollt.
- Im günstigsten Fall könnten archivalische Quellen herangezogen werden, die Auskunft darüber geben, wer das Denkmal gestiftet hat, was bei der Einweihung gesprochen wurde.



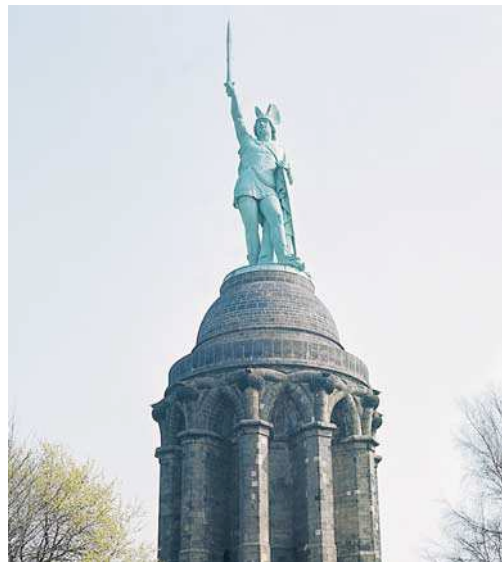
Denkmal für den Sieg über Frankreich in Freiburg, Entwurf von Friedrich Moest, 1872.



Bismarckdenkmal in Hamburg, Skulptur von Hugo Lederer, 1902–1906.



Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald: Links Entwurf von Karl Friedrich Schinkel und Christian Daniel Rauch, 1839. Rechts: Das von Ernst von Bandel entworfene Denkmal, fertiggestellt 1875.



MATERIAL

4 Ein Historiker über den Platz des Kaiserreichs in der deutschen Geschichte

Das Neue Reich wurde gegen die Tradition des Alten gegründet – auch wenn die Gründungsmythen, die den jungen Nationalstaat durch ein hohes Alter zu adeln suchten, erfolgreich das Gegenteil ins kollektive Gedächtnis der Deutschen bis heute einschrieben.

Eine solche Zentralisierung herrschaftlicher Macht, wie sie der Nationalstaat seit 1871 ermöglichte, hatte es jedoch in der deutschen Geschichte nie zuvor gegeben. Den Konzentrationsprozess frühneuzeitlicher Staatsbildung hatte unter dem Dach des Alten Reiches eine schier unüberschaubare Zahl unterschiedlichster Herrschaftsgebilde überlebt. [...]

Diese staatenbündisch-föderale Tradition des Alten Reiches endete erst mit dem Nationalstaat – ein Wort, das noch in der Revolution von 1848/49 in der politischen Sprache der Deutschen nicht gängig war. Die Staatenvielfalt, in der sich die deutsche Nation bis dahin eingerichtet hatte, ging in einen innerstaatlichen Föderalismus über. Er trug wesentlich dazu bei, den Bruch mit der Geschichte in der Gestalt des Nationalstaats für die Menschen erträglich zu machen.

Den Blick auf diese Zäsur zu lenken bewahrt davon, das bis heute wirkungsmächtige Geschichtsbild, das den Nationalstaat als die Erfüllung deutscher Geschichte preist, für bare Münze zu nehmen.

Zeitgenossen, vor allem diejenigen, die nationale Einheit nicht in dieser staatlichen Form gewollt hatten, fassten die Veränderungsgewalt des Neuen in die Formel „Revolution von oben“. Deutschland schrumpfte territorial, indem Österreich, die alte deutsche Kaisermacht, aus der deutschen Geschichte ausschied. Was heute kaum mehr erwähnenswert erscheint, wurde damals als eine radikale Trennung von der eigenen Ge-

schichte empfunden. Deutschland wurde mit diesem militärisch erzwungenen Ausscheiden Österreichs protestantischer, als es je gewesen war. Die Katholiken gerieten zu einer Minderheit, die den Verlust des Alten nur langsam überwand, [...] während viele Protestanten den Nationalstaat als die staatliche Vollendung der Reformation feierten. [...]

Auf dem Weg zum Nationalstaat löschte Preußen einige traditionsreiche deutsche Staaten aus. Auch dies ist im heutigen Geschichtsbewusstsein nicht mehr aufbewahrt. Damals war es jedoch ein verstörender Einschnitt.

Zudem endete die Geschichte der bürgerlichen Demokraten als einer eigenständigen parteipolitischen Kraft neben Liberalen und Konservativen mit der Gründung des Nationalstaats abrupt und dauerhaft. Die bürgerlichen Demokraten, 1848/49 zur stärksten politischen Kraft in Deutschland geworden, hatten ihren Schwerpunkt im Süden und Südwesten, wo sie sich in den sechziger Jahren als unerbittliche Gegner einer „Verpreußung“ Deutschlands profilierten. Der emotionalen Überwältigung durch den Einigungskrieg gegen Frankreich hatten sie jedoch nichts entgegenzusetzen. [...] Von dieser Niederlage haben sich die bürgerlichen Demokraten nie wieder erholt.

Die Widerstände gegen einen preußisch geführten kleindeutschen Nationalstaat konnten bei vielen erst durch den emotionalen Zwang zur Einigkeit im Krieg gegen Frankreich gebrochen werden. Es war eine Resignation vor der Geschichte. Deren Ergebnis haben sehr viele nicht gewollt, weil es mit der Haupttradition deutscher Geschichte brach. Als die Würfel gefallen waren, akzeptierten sie es jedoch schnell. Möglich war dies nur, weil das Neue als Erfüllung der Geschichte gedeutet wurde.

Aus: Dieter Langewiesche, War da was vor 1871? FAZ 12.12.2000, S. 54.

1. Stellen Sie die Mächte und Gruppen zusammen, die Grund hatten, mit der Reichsgründung unzufrieden zu sein.
2. Welche Rolle schreibt der Autor der Geschichtswissenschaft im Kaiserreich zu?